

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18690, Dresden Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die normal gepaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Montag den 3. Dezember 1928

Nummer 281

## Die Ruhrarbeiter verraten — aber nicht geschlagen!

Die Reformisten würgen in Einheitsfront mit den Selben ab / Schiedsspruch Severings erst am Ende der Woche  
Ungeheure Empörung der Arbeiter / Jubel der Unternehmer / Die Ruhrarbeiter werden ihre Forderungen nicht aufgeben!

### Vollständige Kapitulation der Gewerkschaften

Essen, 3. Dez. (Eig. Drahtbericht)

Die drei Metallarbeiterverbände nahmen gestern in Essen auf Delegiertenkonferenzen zur Vermittlungaktion des Reichskabinetts Stellung. Der christliche Metallarbeiterverband nahm einstimmig die Vermittlungaktion an, ebenso die hiesigen Verbände. Die Delegiertenkonferenz des DMB nahm eine sehr erregte Stellung. Sie dauerte fast 5 Stunden. Es sprachen 20 Diskussionsredner. Mit 27 gegen 14 Stimmen wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: Die Reichsregierung hat die Pflicht, dem Recht und Gesetz auch gegen die Unternehmer Geltung zu verschaffen. Der DMB hat den aufgeworfenen Kampf nicht nur wegen der Lohnerhöhung geführt, sondern um die Einhaltung des öffentlichen Rechts. Die von der Reichsregierung unternommene Vermittlungaktion könne nicht als eine Unterbrechung des Rechts anerkannt werden. Für die sich ergebenden Folgen lehne der DMB die Verantwortung ab. Weil aber der DMB der in Aussicht genommenen Vermittlung Severings mit dem größten Vertrauen gegenüberstehe, könne der DMB die Vermittlungaktion nicht ablehnen. Es wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der materielle Inhalt des verbindlich erklärten Schiedsspruches erhalten bleibe.

Von jeder Verwaltungsstelle durften nur 3 Delegierte abstimmen. Die Auswahl der Stimmberechtigten entschied das Los. Die Zusammensetzung der Stimmberechtigten Delegierten war also rein zufällig. Brandes erklärte als Vertreter des Hauptverbandes, daß man sich darüber klar sein müsse, daß der Spruch Severings hinter dem Schiedsspruch zurückbleiben werde. Severing wolle kein Feigling sein, deshalb habe er die schwere Aufgabe übernommen. Er werde nach Öffnung der Betriebe einen Ausweg suchen, um aus dem Chaos herauszukommen. Die Nordwestarbeiter seien keine Gruppe, mit der man egerieren könne. Er appellierte an den gesunden Menschenverstand, sich für die Annahme des Severing-Diktats zu entscheiden. Das Vertrauen zur Schlichtung sei erschüttert. Der Bezirksleiter Wolf unterstützte die Ausführungen Brandes. Er habe die ganze Nacht mit ihm beraten. Sie seien übereinstimmend zu diesem Ergebnis gekommen.

Der erweiterte Beirat des DMB tagte am Sonntagmorgen. Auch dort wurde keine Einstimmigkeit über Annahme oder Ablehnung des Regierungsvorschlags erzielt, sondern nur mit Mehrheit die Entschliessung angenommen, die der Delegiertenkonferenz vorgelegt wurde. Das Reichskabinett hatte Severing noch am Sonntagabend von der Entscheidung der Gewerkschaften unterrichtet. Severing hat sich zur Annahme des Schiedsspruches bereit erklärt und wird heute früh ins Ruhrgebiet fahren, um „die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu prüfen“. Mit keinem Schiedsspruch ist vor Ende der Woche nicht zu rechnen.

Mit diesem letzten Akt schließt eine beispiellose Kette schändlichen Verrats des Reformismus an der deutschen Arbeiterfront ab. Offenbar wird jetzt jedem, daß die Führer des DMB die selbst anerkannten, nur allzu berechtigten Forderungen der Hüttenarbeiter auf 15 Pf. Stundenloohnerhöhung ernst genommen. Sie stimmten dem Schiedsspruch zu, der der großen Masse der Hüttenarbeiter so gut wie nichts gab. Sie waren bereit, nach der Aussperrung der Unternehmer den Arbeitsfundament für Jahre hinaus preiszugeben. Sie akzeptieren jetzt angesichts der unbedingten Kampfschlossenheit der Gesamtheit der Hüttenarbeiter vollständig vor den „Kaisersoldaten“ Hüttenbaronen.

Daß die Verräter sich damit selbst ins Gesicht schlagen, wird niemand bedauern; aber sie erschöpfen rücklings die feststehende Front der kämpfenden Metallarbeiter an der Ruhr und am Rhein.

Diese erbärmliche Haltung wird von der bürgerlichen Presse mit Belobigungen und jubelnder Zustimmung quittiert. So schreibt heute der

Dresdner Anzeiger:

Die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung ist zwar bei ruhiger Beurteilung der Lage schon gestern und heute nur gering eingeschätzt worden, aber es waren doch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, denn die Funktionäre im Industriegebiet, bei denen die Entscheidung lag, sind im allgemeinen radikal eingestellt als die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterfront im Reichstag. Eine Ablehnung würde allerdings eine Katastrophe bedeuten haben, und

niemand hat sich mehr bemüht als die sozialdemokratische Presse, den Arbeitnehmern die unübersehbaren Folgen, ja die glatte Unmöglichkeit einer solchen Ablehnung klarzumachen.

Dieses Bild zeigt klar und deutlich, wie systematisch Unternehmer und Gewerkschaftsbureaucratie Hand in Hand von vornherein arbeiten. Das Eingeständnis, daß die Funktionäre im Ruhrgebiet „im allgemeinen radikal“ sind als die „parlamentarischen Vertreter“, ist jedoch auch ein Beweis dafür, daß der Druck der Arbeiter, die unbestreitbar zu einem großen Teil unter dem Einfluß der revolutionären Opposition stehen, sich sogar auf das Gremium der ausgewählten Funktionäre erstreckt, deren Mehrheit den Verrat gemeinsam mit den gelben Christen und Hirschen sanktioniert hat. Heute finden nunmehr im ganzen Ruhrgebiet Delegiertenversammlungen statt, die durch die Betriebskämpfeleuten einberufen worden sind. Dort werden die Arbeiter, deren Meinung die Gewerkschaftsführer nicht angehört haben, deren Interessen sie mit Füßen treten, klammern Protest gegen diesen Verrat erheben und ihre Bereitschaft erklären, den Kampf um ihre gerechten Forderungen durch ihre von ihnen kontrollierten Organe weiterzuführen.

Die Hüttenarbeiter sind verraten, aber nicht geschlagen!

Vielleicht gelingt es noch einmal der Gewerkschaftsbureaucratie, die Hüttenarbeiter um ihren materiellen Sieg zu bringen.

Aber die Arbeiter werden jetzt wohl begriffen haben, daß man die revolutionäre Opposition in den freien Gewerkschaften fürchten muß, wenn man siegen will. Die Zehntausende bisher unorganisierten Arbeiter haben in diesem Kampf und aus seinem Verlauf erkannt, wo ihr Platz ist. Und wenn sie aus dem Verrat den einzig möglichen Schluß ziehen, wird der Kampf im Ruhrgebiet, und nicht nur im Ruhrgebiet, eine Gegenoffensive der gesamten deutschen Arbeiterklasse gegen das Trustkapital zur Folge haben, die nicht mehr durch den schändlichen Dreihund Kapital-Staat-Reformismus erdolcht werden kann.

Jetzt schon kann man feststellen:

Die deutsche Arbeiterfront hat aus diesem gewaltigen Kampf gelernt. Der Widerstand gegen den reformistischen Verrat wird wachsen, die revolutionäre Front wird sich verstärken. Unter der Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird die deutsche Arbeiterfront, werden die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zum Gegenstand ausheulen und gewaltige Durchbruchskämpfe führen, die nicht nur die Hungeressense der Trustbourgeoisie zerbrechen, sondern auch diese kapitalistische Republik ins Wanken bringen!

Denn das hat der bisherige Verlauf des Ruhrkampfes deutlich gezeigt: Dieser ganze kapitalistische Ausbeuterstaat muß fallen, wenn der Arbeiter leben soll! Aber er wird nur fallen, wenn sein festeste, gefährlichstes Bollwerk zerstört ist: der reformistische Einfluß auf die Arbeitermassen.

Dieser Aufgabe muß die gesamte Arbeit der revolutionären, klassenbewußten Proletariat gewidmet sein!

## Stürmische Eröffnung des Gemeindetages

Kommunistische Anträge für kämpfende Arbeiter von bürgerlich-sozialdemokratischer Einheitsfront abgelehnt  
Vorstoß gegen Mandatsraub!

Nachdem gestern die zum Gemeindetag erschienenen Oberbürgermeister, Bürgermeister und Regierungsdirektoren nach der im Rathaus stattgefundenen Begrüßung ihr solemnes Festgelage abgeschlossen hatten, wurde heute vormittag im Riesenaal des Dresdner Ausstellungspalastes der von etwa 750 Delegierten aus 743 Gemeinden besetzte Sächsischer Gemeindetag eröffnet. Etwa die Hälfte der Delegierten werden von den bürgerlichen Parteien gestellt. Die kommunistische Fraktion tritt diesmal in einer Stärke von 70 bis 80 Mann auf. Der Vater der sächsischen Bürgerblockregierung, der Oberbürgermeister Bücher, Dresden, eröffnete die Sitzung, auf deren Tagesordnung Referate über die sächsische Verwaltungsreform, die Finanzlage der sächsischen Gemeinden und gesellschaftliche Angelegenheiten stehen. Gleich zu Beginn der Sitzung beantragte die kommunistische Fraktion durch den

Genossen Schaefer, Leipzig

als ersten Punkt die „Stellungnahme des Gemeindetages zu den Wirtschaftskämpfen“ zu behandeln. Des weiteren beantragte er, die Aussprache über die Referate ohne Beschränkung der Redezeit vorzunehmen. Schon bei der Begründung des ersten Geschäftsordnungsantrages zeigte sich, wie die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit, die halbpakt im Vorstand des Gemeindetages partizipiert, die Interessen des im Dienste des Trustkapitals stehenden bürgerlich-kapitalistischen Staates in geschlossener Einheitsfront verteidigte und gegen die werktätigen Massen Stellung nahm. Genosse Schaefer legte dem Gemein-

### Schweres Erdbeben in Chile

Bisher 300 Tote — Dammbrüche und Ueberschwemmungen

II. Neuquén, 2. Dezember. Südchile ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Nach den Meldungen aus dem chilenischen Erdbebengebiet sind bisher rund 300 Tote gezählt worden. Die Zahl der Verletzten ist außerordentlich groß. Man befürchtet, daß noch weit mehr Opfer zu beklagen sein werden. Infolge Unterbrechung der Drahtleitungen kommen nur spärlich Nachrichten durch. Die Städte Talca, Chillán, Santa Cruz und Parahona sind ganz oder teilweise zerstört. Der Belagerungszustand wurde verhängt, da unauflösbare Elemente die allgemeine Verwirrung zu Plünderungen benutzten. Das Erdbeben hatte verschiedene Dammbrüche zur Folge, die Ueberschwemmungen verursachten. Auch mehrere Bergwerke sind zerstört worden. Viele Bergarbeiter, die sich in den Schächten befanden, wurden verschüttet.

tag nach kurzer und wirkungsvoller Begründung seines Antrages folgende Entschliessung vor:

Entschliessung

zu den großen Wirtschaftskämpfen an Rhein und Ruhr, in Hamburg, Kiel erklärt der Sächsische Gemeindetag:

Diese von der Trustbourgeoisie verhängte Aussperrung soll durch Lohnsenkung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Widersprüche des monopolkapitalistischen Systems beseitigen. Viele arbeitereindliche Maßnahmen stoßen auf den immer mehr erstarkenden, entschlossenen Widerstand des klassenbewußten Proletariats. Um der Sympathie für die kämpfenden Arbeiter Ausdruck zu geben, beschließt der Gemeindetag:

1. der Internationalen Arbeiterhilfe aus eigenen Mitteln einen Betrag von 5000 Mark zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter zu überweisen,
  2. die dem Sächsischen Gemeindetag angeschlossenen Gemeinden aufzufordern, unverzüglich gleichfalls Geldbeiträge für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen,
  3. den Gemeinden vorzuschlagen, vorzugsweise finanzielle Mittel für die in Aussicht stehenden Tackkämpfe der sächsischen Textilarbeiter bereitzustellen.
- Diese Anträge, die nur die Unterstützung der kommunistischen Fraktion erhielten, und die vom Genossen Schaefer gegebene Begründung lösten auf Seiten der bürgerlichen Vertreter und der Sozialdemokratie wütende Zwischenrufe und größte Unruhe aus. Die Herrschaften fühlten sich in ihrer Ruhe gestört. Der Vorstoß der einzigen Vertreter des klassenbewußten Proletariats scheute die Herrschaften auf. In geschlossener Front stimmten Sozialdemokraten und Bürgerliche zum Schutze des Trustkapitals gegen die Interessen der kämpfenden Arbeiter und lehnten die Anträge ab.

Zur Geschäftsordnung nahm dann des weiteren Stadtverordneter Genosse Gabel, Dresden, das Wort und brandmarkte das Verhalten reaktionärer Bürgermeister einer Anzahl sächsischer Gemeinden, die den ordnungsmäßigen Delegierten, es handelt sich ausschließlich um Kommunisten, das Mandat zum Gemeindetag vorenthalten haben. Namens der kommunistischen Fraktion erhob Genosse Gabel scharfen Protest gegen diesen Mandatsraub. Unter der Wucht der vorgetragenen Tatsachen sah sich die Leitung des Gemeindetages gezwungen, einen viergliedrigen Ausschuss zur Prüfung dieser unerhörten Vorgänge einzusetzen. Dann trat der Gemeindetag in die Tagesordnung ein. Als erster Redner spricht Dr. Raumann, Geschäftsführer des Gemeindetages, über die sächsische Verwaltungsreform. Die Sitzung dauert an.